

Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Politik, exemplifiziert an zentralen Entscheidungssituationen vom Ruhrkampf über den Bruch der Großen Koalition 1930, die Tolerierungspolitik und die Stellung zur Reparationsfrage bis hin zum Versuch einer »Gleichschaltung von unten« im Frühjahr 1933, steht im Mittelpunkt des zweiten Teils der Analyse Brunners. Zwar handelt es sich vielfach, was die Darstellung der gewerkschaftlichen Politik anlangt, um aus der wissenschaftlichen Literatur Bekanntes. Doch Brunner ergänzt diese »Gipfelwanderung« zur Gewerkschaftsgeschichte der Weimarer Republik durch Informationen zum Einfluß der Vorstands-Angestellten auf die Politik des ADGB-Vorstandes; dieser Einfluß habe das Dilemma der Freien Gewerkschaften noch verschärft, das Brunner – so seine Eingangsthese – wie folgt beschreibt: »In seinem Selbstverständnis als tragender Pfeiler der Weimarer Republik und des Weimarer Sozialstaates erachtet [der ADGB] es – keineswegs nur aus taktischen Gründen – für notwendig, volkswirtschaftlich verantwortlich und staatspolitisch auf das ›Allgemeinwohl‹ verpflichtet zu handeln. Durch den Anspruch, volkswirtschaftlich und ›national‹ verantwortlich im Sinne des sogenannten ›Volksganzen‹ handeln zu wollen und bei gleichzeitig weiterhin bestehender Notwendigkeit, ökonomische und soziale Interessen abhängig Beschäftigter zu vertreten, gerät der ADGB in ein Dilemma, denn ›national‹ verantwortliche Politik geht zu Lasten effektiver Interessenvertretung.« (S. 14)

So deutlich Brunner auch das »Dilemma« der ADGB-Politik schildert (z. B. S. 224 f., S. 329, S. 334), so verstellt er sich doch die Möglichkeit, die Bedeutung dieses Problems auszuloten, da er es als eine Frage des Selbstverständnisses und des programmatischen Anspruchs einstuft und zugleich weitgehend darauf verzichtet, die Analyse der gewerkschaftlichen Politik in die reale sozio-ökonomische und politische Entwicklung einzubetten. So ist doch zu fragen, ob ein anderes Selbstverständnis des ADGB, das z. B. dem – im übrigen durchaus erklärungsbedürftigen – »Klasseninteresse« Priorität beimessen würde, das Dilemma, vor dem gewerkschaftliche Politik als Teil eines komplexen Machtgefüges stand, lösen oder vermeiden könnte. Es fragt sich also, ob das Dilemma, in das die Gewerkschaften gerade in Krisenzeiten immer wieder gerieten (und geraten), durch widersprüchliche Ziele selbst verursacht und dementsprechend vermeidbar war oder ob sich hier nicht ein Strukturproblem gewerkschaftlicher Politik zeigte, das eine Gratwanderung der Gewerkschaften erforderte, ohne daß ein »Königsweg« in Sicht gewesen wäre.

Doch auch wenn man Interpretationsansatz und Schlußfolgerungen Brunners nicht voll und ganz teilen mag, so ist doch festzuhalten, daß ihm eine Analyse gelungen ist, die wirklich Ernst mit dem Anspruch macht, die innergewerkschaftliche Struktur, speziell die Entwicklung der ADGB-Vorstandsverwaltung, darzustellen. Damit hat er einen gut fundierten Beitrag zum Verhältnis von Organisation bzw. Bürokratie und Politik vorgelegt, der die bisherigen Forschungsergebnisse zur Gewerkschaftsgeschichte der Weimarer Republik abrundet.

*Michael Schneider, Rheinbach*

Matthias Marschik, »Wir spielen nicht zum Vergnügen«. Arbeiterfußball in der Ersten Republik, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1994, 260 S., brosch., 43 DM.

Wie in der Weimarer Republik war der Arbeitersport in Österreichs Erster Republik fester Bestandteil des politischen Lebens und der Alltagskultur. Neben den sozialdemokratischen Parteien und den freien Gewerkschaften galt er als dritte Säule der Arbeiterbewegung. Die Blüte, die der Arbeitersport seit 1918 in beiden Ländern erlebte, wurde jedoch in Deutschland 1933 durch die Nationalsozialisten und in Österreich im Februar 1934 durch das au-

toritäre Regime Dollfuß' schlagartig beendet. Während im Nachkriegsdeutschland wie im Nachkriegsösterreich die sozialdemokratischen Parteien wie die Gewerkschaften sogleich wiederentstanden, blieb die Wiederbelebung eines eigenständigen, von der »bürgerlichen« Sportorganisation abgetrennten Arbeitersports aus. In diesem Verzicht deutet sich bereits an, daß in vielen Fällen der Arbeitersport nicht nur ideologisch überbeansprucht wurde, sondern grundsätzlich der Versuch zur Schaffung einer proletarischen Gegenwelt zum »bürgerlichen« Sport gescheitert war.

Besonders deutlich wird dieses Scheitern am Beispiel einer Sportart, die wie kaum eine andere in der landläufigen Meinung als »Arbeiter«-Sport gilt – des Fußballs. Dem Zwiespalt des Fußballsports zwischen populärer Massenkultur, wie sie sich vor allem im Profisport manifestierte, und dem politischen Anspruch sozialdemokratischer Arbeiterkultur ist Matthias Marschik in seiner Darstellung zum Arbeiterfußball in der ersten österreichischen Republik nachgegangen. Daß dabei über weite Strecken Wien im Mittelpunkt steht, ist angesichts der starken Konzentration der Arbeiterbewegung auf die österreichische Hauptstadt sowie der Vormachtstellung der weit über die Landesgrenzen bekannten Wiener Fußballvereine wenig erstaunlich. Allerdings wird an einigen Stellen ein vergleichender Blick auf Verhältnisse des deutschen Arbeitersports, der die Entwicklung in Österreich zweifellos beeinflusste, schmerzlich vermißt.

Wie im übrigen Kontinentaleuropa war der Fußballsport gegen Ende des 19. Jahrhunderts nach Österreich gekommen, wo er wie anderswo vor allem von Angehörigen der bürgerlichen Mittel- und Oberschichten ausgeübt wurde. Allerdings nahm auch bereits 1898 der legendäre »Sportclub Rapid Wien« noch unter seinem ursprünglichen Namen als »Erster Arbeiter-Fußball-Club« seinen Spielbetrieb auf. Trotz vieler Parallelen zwischen der Entwicklung des deutschen und österreichischen Fußballsports ist eine deutliche organisatorische Abweichung feststellbar. Während in Deutschland stets eine scharfe Trennung zwischen »bürgerlichem« und Arbeiterfußball bestand – wobei selbst Vereine, die zwar aus einem proletarischen Milieu kamen, aber keine politische Nähe zur Sozialdemokratie aufwiesen, Schwierigkeiten hatten, in die »bürgerlichen« Verbände aufgenommen zu werden – waren die österreichischen Verbände durchlässiger. In dem 1904 gegründeten Österreichischen Fußball-Verband (ÖFV), der ursprünglich von den »bürgerlichen« Großvereinen dominiert wurde, errangen 1919 die Vereine, die der Arbeiterbewegung nahestanden, die Mehrheit. Trotz der enormen Spannungen innerhalb des ÖFV, die Positionen reichten von der Forderung nach Einführung von Profiligen bis zur Unterordnung des Fußballs zugunsten des Klassenkampfes, blieb der gemeinsame Verband bis 1926 bestehen. Erst dann trennten sich die Wege des österreichischen Fußballs. Als Verband der »bürgerlichen« Amateurvereine und der Profiklubs entstand der Österreichische Fußball-Bund, während sich der Arbeiterfußball im Verband der Amateurfußballvereine Österreichs neu konstituierte. Die österreichischen Arbeiterfußballer, denen bis dahin die Aufnahme in den Dachverband des österreichischen Arbeitersports wie auch in die Arbeitersport-Internationale vorenthalten worden war, fanden nunmehr in beiden Verbänden Aufnahme. Durchgesetzt hatte sich damit die politische Dimension des Arbeitersports, die angesichts sich verschärfender innenpolitischer Konflikte das Konzept einer proletarischen Wehertüchtigung für den Klassenkampf verfolgte. Letztendlich überschätzten dabei die Funktionäre die politische Wirkungskraft des Arbeitersports maßlos, wie am Beispiel des Fußballs besonders deutlich wird. Sie verwechselten das Bekenntnis zum eigenen proletarischen Milieu, wie es sich in der Anhängerschaft eines erfolgreichen Arbeiter-Fußballvereins offenbarte, mit einer politischen Manifestation für den Klassenkampf. Tatsächlich scheuten sich jedoch selbst aktive Sozialdemokraten – trotz gegensätzlicher Direktiven der Partei – nicht davor, die Wettspiele der populären, meist unter »bürgerlicher« Leitung stehenden Profivereine zu besuchen. Zuschauerzahlen und die Rezeption der über Fußball berichtenden Massenmedien machen die Popularität des »bürgerlichen« Profisports noch deutlicher. Daß »bür-

gerlicher« Sport »Sport für die Massen«, hingegen Arbeitersport »Sport der Massen« sei, war eben nur ideologisches Wunschdenken der Arbeitersportfunktionäre.

*Martin L. Müller, Frankfurt am Main*

Günter Morsch, Arbeit und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933–1936/37, Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main etc. 1993, IX + 596 S., kart., 98 DM.

Trotz der Flut höchst ausgefeilter Meinungsumfragen, deren Ergebnisse uns allenthalben in »Polit-Barometern« präsentiert werden, käme heutzutage wohl kaum jemand auf die Idee, pauschale Urteile über »die« politische Einstellung »der« Arbeiterschaft fällen zu wollen. Jedem ernsthaften Beobachter fielen auf Anhieb notwendige Differenzierungen ein, deren Spektrum von sozialen Kriterien bis zu weltanschaulich-politischen Prägungen reicht. Für die Zeit des »Dritten Reiches« aber werden Generalisierungen vorgenommen – ohne Rücksicht auf die Heterogenität der Arbeiterschaft und Quellenprobleme. Daß es nicht »die« Arbeiterschaft gab (und gibt), daß keine offenen und freien Wahlen bzw. Abstimmungen stattfanden, daß die von mannigfachen Behörden des NS-Staates erstellten Stimmungsberichte ganz spezielle Interpretationsprobleme aufwerfen – all das bewahrte historische Analysen nicht davor, »der« Arbeiterschaft mal weitestgehende Resistenz, mal vorherrschende Regimetreue nachzusagen.

Im Hinblick auf diese unbefriedigende Situation, in der offensichtlich die jeweiligen Erwartungen an »die« Arbeiterschaft die unterschiedliche Formulierung der Ergebnisse prägen, ist es zu begrüßen, daß Günter Morsch mit seiner Studie einen Beitrag zur Klärung der methodischen und inhaltlichen Probleme einer historischen Meinungsforschung leistet. Es handelt sich um die für den Druck stark gekürzte Fassung seiner im Dezember 1988 von der TU Berlin angenommenen Dissertation, bei deren Bearbeitung indessen eine Reihe von Tippfehlern hätte vermieden werden sollen – so kurzweilig einige auch die Lektüre machen, wie Profi[t]wirtschaft (S. 89) oder Einheitsfrontalpolitik (S. 400).

Ausgangspunkt der Studie ist die Kritik an den bisherigen Thesen über die Einstellung und das Verhalten der deutschen Arbeiterschaft im und zum »Dritten Reich«, die – so Morsch (S. 8) – »zum (größten) Teil auf reinen Mutmaßungen, zum einen auf einer nur cursorischen und willkürlichen Auswertung von Stimmungsberichten, zum anderen auch auf Ergebnissen der Oral-History-Forschung« beruhen. Der auf dieser Basis »von einem Großteil der historischen Literatur« entwickelten These von der »positiven Integration der Arbeiterschaft in den NS-Staat« will Morsch – den für die Sozialdemokratie des Kaiserreichs eingeführten – Begriff der »negativen Integration« entgegenstellen. (S. 10)

Zunächst einmal geht es Morsch indessen darum, in ebenso redlichen wie differenzierten Überlegungen, die Aussagekraft der Quellen – der Lageberichte der Ober- und Regierungspräsidenten bzw. der Gestapo sowie der »Wirtschaftlichen« Lageberichte – zu diskutieren. Dabei geraten mit den behördeninternen Anweisungen zur Erstellung der Berichte zugleich die politischen Vorgaben in den Blick, die den Quellenwert der Berichte in einer schwer zu kalkulierenden Weise einschränken: So wurden die Berichtserstatter einerseits immer wieder ermahnt, spektakuläre Einzelfälle nicht zu sehr aufzubauschen oder zu generalisieren und nicht in »Miesmacherei« zu verfallen; und andererseits wiesen die Berichtserstatter mehr als vereinzelt selbst darauf hin, daß sich die Arbeiter kaum trauten, frei ihre Meinung zu sagen. So wurde der Aussagewert der Stim-